

1.

**Bemerkungen zu den Vorschriften des Strafgesetzbuchs für
das Deutsche Reich und des Militärstrafgesetzbuchs über das
Verbrechen des Landesverrats.**

Von Professor v. Kries in Rostock.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich behandelt den Landesverrat in den §§ 87—92 und unterscheidet zwei Arten desselben, welche herkömmlich als militärischer und diplomatischer bezeichnet zu werden pflegen. Während die §§ 87—90, welche den ersteren enthalten, als mögliches Subjekt des Verbrechens nur den Deutschen nennen und § 91 eine besondere Vorschrift über die kriegsrechtliche Behandlung bezw. Bestrafung der Ausländer enthält, beginnt der § 92 mit den Worten:

„Wer vorsätzlich . . .“

bringt damit also zum Ausdruck, daß der Inländer wie der Ausländer das Verbrechen begehen kann.

Das St.G.B. hat sich bei diesen Bestimmungen auf das Engste an das Preussische St.G.B. angeschlossen, nur daß es natürlich überall da, wo das letztere sagte:

„Ein Preuße, welcher . . .“

dafür die Worte substituiert hat:

„Ein Deutscher, welcher . . .“.

Das Preussische Strafgesetzbuch hatte insbesondere bezüglich der Thäterschaft genau in entsprechender Weise zwischen militärischem und diplomatischem Landesverrat unterschieden.

Theoretisch pflegen nun die beiden Arten dahin charakterisiert zu werden, daß der erstere die kriegerische, der letztere jede ander-

weite Unterstützung einer auswärtigen Macht enthalte. Oder ausführlicher:

„Regelt das Völkerrecht die Beziehungen der Staaten zu einander, sowohl in Friedens- wie auch in Kriegszeiten, so wird das Korrelat für diese beiden Seiten der völkerrechtlichen Beziehungen einmal in denjenigen Strafbestimmungen, welche sich auf den sog. militärischen und sodann in denjenigen, welche sich auf den sog. diplomatischen Landesverrat beziehen, zu finden sein“. (John in Holkenborffs Handbuch III S. 45 ff.)

Nun scheint es mir aber völlig handgreiflich, daß diese Unterscheidung zwischen militärischem und diplomatischen Landesverrat dem positiven Recht nicht entspricht. Denn § 92 spricht ja auch von der Mitteilung von Festungsplänen an eine fremde Regierung. Und wenn ferner ganz allgemein in diesen Paragraphen Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten erwähnt werden, deren Geheimhaltung einer auswärtigen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist; wenn dajelbst von Beweismitteln über die Rechte des Deutschen Reichs im Verhältnis zu einer andern Regierung; oder endlich von Rechtsgeschäften die Rede ist, so dürfte auch selbstverständlich sein, daß der Inhalt dieser Schriftstücke der allermannigfaltigste sein, daß er sich insbesondere sehr wohl auf Kriegs-Verhältnisse beziehen kann. Denn daß die Handlungen des § 92 nur im Frieden begangen werden können, ist in demselben nicht ausgesprochen. Es würde also ganz zweifellos unter § 92 fallen, wenn das dem Thäter übertragene Staatsgeschäft die Abschließung einer Kapitulation oder eines Waffenstillstandes wäre. Und wenn in § 90 Nr. 4 der Deutsche mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht wird, welcher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges

„Operationspläne oder Pläne von Festungen oder festen Stellungen dem Feinde mitteilt“,

so werden damit Fälle genannt, welche zunächst unter § 92 subsumiert werden können. Oder mit andern Worten: § 90 Nr. 4 ist die *lex specialis* gegenüber dem § 92 als der *lex generalis*.

Die Handlungen des § 92 können also sehr wohl Deutschland in seiner militärischen Position dem Ausland gegenüber schädigen; es ist irreleitend, dieselben als diplomatischen Landesverrat zusammenzufassen und falsch, sie dem militärischen gegenüberzustellen.

Diese Bemerkung ist übrigens keineswegs neu. Bessler führt in seinem „Kommentar über das Strafgesetzbuch für die Preussischen Staaten“ (Leipzig 1851) zu den §§ 67—71 aus:

„Die Bestimmungen des Gesetzbuchs über den Landesverrat zerfallen in zwei Abteilungen, je nachdem derselbe sich auf den Krieg oder auf Verhältnisse andrer Art bezieht.“

Nachdem dann unter A „der Landesverrat in Beziehung auf den Krieg“ abgehandelt ist, heißt es unter B:

„Andre Fälle des Landesverrats.“

Ein notwendiger Gegensatz zwischen den Handlungen, welche in § 71 aufgeführt und mit Strafe bedroht werden, zu den vorher erwähnten findet eigentlich nicht statt. Jene können auch in Kriegszeiten begangen werden, und sich auch mittelbar auf den Krieg beziehen, wenn es sich z. B. um die Auslieferung von Festungsplänen, um den Verrat bei Verhandlungen über die Abschließung eines Waffenstillstandes oder eines Friedens handelt.“

Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß der Verfasser hier mit sich selbst in Widerspruch tritt: nach dem zu § 71 des Preuß. St.G.B. Bemerkten kann man den Landesverrat eben nicht in zwei Arten einteilen, je nachdem er sich auf den Krieg oder auf Verhältnisse andrer Art bezieht; bezw. diese Einteilung fällt nicht mit den §§ 67—69 (§§ 87—90 des N.St.G.B.) und § 71 (N.St.G.B. § 92) zusammen.

Die Erkenntnis hiervon führt aber weiter zu der Frage, weshalb denn bezüglich der Thäterschaft der wesentliche Unterschied in den verschiedenen Paragraphen seitens des Gesetzgebers statuiert wird. Wenn die Handlungen des § 92 (Preuß. St.G.B. § 71) sehr wohl eine Schädigung Deutschlands in militärischer Beziehung enthalten können, bei ihnen aber der Ausländer möglicher Thäter ist, so ist es ganz unbegreiflich, weshalb er nicht ebenso möglicher Thäter bei den Handlungen der §§ 87—90 (Preuß. St.G.B. §§ 67—69) sein soll? Denn ob die Förderung der feindlichen Kriegsmacht gerade durch Mitteilung von Schriftstücken (§ 92 Nr. 1) oder Vernichtung von Beweismitteln (§ 92 Nr. 2) oder aber in andrer Weise erfolgt, ist doch ganz gleichgültig.

Nun findet sich über die Strafbarkeit des Ausländers wegen der in den §§ 87—90 bezeichneten Handlungen eine ergänzende Bestimmung im § 91.

„Gegen Ausländer ist wegen der in den §§ 87, 89, 90 bezeichneten Handlungen nach dem Kriegsgebrauch zu verfahren.

Begehen sie aber solche Handlungen, während sie unter dem Schutze des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats sich innerhalb des Bundesgebiets aufhalten, so kommen die in den §§ 87, 89 und 90 bezeichneten Strafen zur Anwendung.“

Die ganz entsprechende Vorschrift fand sich bereits in dem Preussischen Strafgesetzbuch. Über die Entstehung derselben berichtet Goldammer in seinen Materialien (Band II S. 65):

- „Ursprünglich erachtete man mit der landrechtlichen Theorie¹⁾ als Subjekt des Verbrechens nur allein den Unterthan für möglich, da man das in der Form des Kriegrechts auszuübende Nothrecht des Staats gegen solche feindliche Handlungen des Ausländers nicht im Strafgesetzbuch aussprechen wollte. Die Entwürfe von 1833 und 1836 setzten jedoch fest:
- a) Anwendung der ordentlichen Strafen gegen die Ausländer, welche sich dieser Handlungen innerhalb und außerhalb des Staats schuldig machen.
 - b) Anwendung des Kriegrechts, wenn die Ausländer Unterthanen einer feindlichen Macht sind.

Dies wurde nun zunächst ad a dahin beschränkt, daß dadurch nur der subditus temporarius, also der Ausländer während seines Aufenthalts in Preußen getroffen wurde. Außerdem aber erinnerte der Staatsrat, daß durch den Ausdruck „Aufenthalt in den Preussischen Staaten“ auch der zur feindlichen Armee gehörige Ausländer mitbegriffen würde. Um diesen daher von der Anwendung der ordentlichen

¹⁾ An wen Goldammer hier als Vertreter der „landrechtlichen Theorie“ denkt, weiß ich nicht. Das Landrecht selbst macht die Unterscheidung von Inländern und Ausländern nicht; vielmehr wird im allgemeinen schlechthin jeder bedroht. Daneben finden sich Spezialbestimmungen über „fremde Rundschaster“ (§ 113), „feindliche Kriegsgefangene, welche die ihnen gestattete Befreiung von einer engeren Gefangenschaft gegen ihr gegebenes Wort mißbrauchen und Aufruhr anrichten“ (§ 114); jeder „Bürger des Staats“ sei schuldig, die seinem Vaterlande drohende Gefahr, soviel in seinen Kräften stehe, abzuwenden. Ist also die Behauptung Goldammers richtig, so hat sich die Theorie jedenfalls völlig von dem Gesetz entfernt.

Strafen auszuschließen und auch auf ihn das Kriegsrecht anzuwenden, fasste er den Satz, sowie er jetzt lautet, dahin: „welche sich (während sie sich) unter dem Schutze des Preussischen Staats in dessen Gebiet aufhalten“.

Nach dieser Erläuterung würde also der (fragliche) Satz recht eigentlich nur das Verhältnis des *subditus temporarius* ausdrücken, also den Ausländer ausschließen, welcher sich nicht des Schutzes Preussens erfreut, sondern zum feindlichen Heere gehört und in diesem Verhältnis während seines Aufenthalts in Preußen die gedachten Handlungen begeht. In diesem Falle wären also gleichfalls nicht die ordentlichen Strafgesetze, sondern es wäre der Kriegsgebrauch nach A. 1 gegen ihn anzuwenden. Dies ist nun zwar auch in der Revision von 1848 wiederholt anerkannt, aber in der Ausdehnung, daß das Völkerrecht auf alle Ausländer, welche Unterthanen der feindlichen Macht sind, während ihres Aufenthalts in Preußen, Anwendung finde, während nach der obigen Auffassung des Staatsrats nur die zur feindlichen Armee gehörigen Ausländer während ihres Aufenthalts in Preußen dem Kriegsgebrauche unterworfen sind. Jener ersteren Auffassung muß man sich aber um so mehr anschließen, als sie der oben mitgeteilten Auffassung der Entwürfe von 1833 und 1836 entspricht, und nirgends die Absicht ausgesprochen ist, grundsätzlich davon abzuweichen, so daß man also die Erklärung im Staatsrat nur als die Anführung eines besonderen Falls der Anwendung anzusehen haben würde, und weil ferner das M.St.G.B. vom 3. April 1845 T. II Tit. 18²⁾ am besten damit in Einklang zu bringen ist. Hiernach ist also der Sinn des § 70 dieser:

- a) der Kriegsgebrauch findet Anwendung auf alle von Ausländern im Ausland begangenen Handlungen der gedachten Art;
- b) ferner auf die Ausländer, welche Unterthanen der feind-

²⁾ Gemeint ist § 18, welcher in dem hier interessierenden Teil lautet: „In Kriegszeiten haben außer den in § 1 bezeichneten Personen den Militärgerichtsstand . . . 4) alle Unterthanen des Preussischen Staats oder Fremde, welche auf dem Kriegsschauplatz den Preussischen Truppen durch eine verräterische Handlung Gefahr oder Nachteil bereiten.“

lichen Macht sind, auch wenn sie sich innerhalb Landes aufhalten;

- c) die Strafen der §§ 67 und 69 finden auf die übrigen Ausländer dann Anwendung, wenn sie die Handlung als *subditi temporarii*, also während sie sich unter dem Schutze Preußens auf dessen Gebiete aufhalten, begehn“.

Die Fassung des fraglichen Passus rührt also vom Staatsrat her und dieser bezweckte, durch denselben die Anwendung der Strafen auf die in Preußen befindlichen feindlichen Truppen auszuschließen.

Was Goldammer über die Interpretation seinerseits bemerkt, wird durch seine eignen Ausführungen widerlegt. Denn wenn bei der Revision von 1845 erachtet wurde, der Kriegsgebrauch solle nicht nur gegenüber den Angehörigen der feindlichen Armee, sondern allen Unterthanen des feindlichen Staats zur Anwendung gebracht werden, so hätte doch eine dem entsprechende anderweite Fassung beschlossen werden müssen. Die Übereinstimmung dieser Ansicht mit den Entwürfen von 1833 und 1836 ist auch ganz irrelevant, da ja der Staatsrat eben eine andre Auffassung besaß, wie diese, und ihr Ausdruck verleihen wollte. Endlich ist es auch ganz unrichtig, daß die von Goldammer empfohlene Interpretation am besten mit den Bestimmungen der Militärstrafprozeßordnung übereinstimme. Das materielle Recht hat mit der prozeßualen Vorschrift überhaupt gar nichts zu thun.

Was die Ansicht des Staatsrats anlangt, so ist es allerdings unbestreitbar, daß die Angehörigen der feindlichen Truppen wegen Landesverrats ohne weiteres nicht bestraft werden können. Ob dies aber der ausdrücklichen Formulierung bedurfte, mußte aus dem Grunde zweifelhaft erscheinen, weil sie wegen der anläßlich des Krieges begangenen Tötungen, Verwundungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen u. s. w. ebenjowenig bestraft werden.

Auch bringt die gewählte Fassung den Gedanken höchst mangelhaft zum Ausdruck. Denn die im Inland befindlichen feindlichen Truppen sind in gewisser Weise auch des Schutzes der inländischen Gesetze und somit des Inlandes teilhaftig: sie sind keineswegs vogelfrei, sondern durchaus mögliches Verbrechensobjekt.

Die Beantwortung der Frage, wie der § 91 des R.St.G.B.s zu interpretieren ist, muß hier vorläufig ausgesetzt werden. Zunächst möchte ich auf eine Inkorrektheit in demselben hinweisen, welche

dem Preussischen St.G.B. fremd war. In diesem letzteren lautete der § 70 Abf. 2:

„Begehen sie aber solche Handlungen, während sie unter dem Schutze Preussens in dessen Gebiet sich aufhalten . . .“

Daraus wurde in dem Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund:

„Begehen sie aber solche Handlungen, während sie unter dem Schutze des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats sich innerhalb des Bundesgebietes aufhalten . . .“

woraus dann schließlich die oben mitgeteilte Fassung des Reichsstrafgesetzbuchs geworden ist.

Es ist nun aber staatsrechtlich unzutreffend, wenn die Alternative aufgestellt wird, ob sich jemand innerhalb des Deutschen Reichs unter dem Schutz des letzteren oder eines Bundesstaats befindet. Mag man sich den Schutz, von welchem hier gesprochen wird, wie auch immer gestalten denken, stets wird derjenige, der sich im Deutschen Reich aufhält, zugleich unter dem Schutz des Reichs und eines Bundesstaats stehn. An die Reichslande Elsaß und Lothringen darf bei der Fassung aus dem Grunde nicht gedacht werden, weil ja dieselbe, wie soeben mitgeteilt, entsprechend schon zur Zeit des Norddeutschen Bundes existierte.

Ein andrer Punkt steht mit der Interpretationsfrage bereits in gewissem Zusammenhange.

Es ist in doppelter Beziehung auffallend, daß in beiden Absätzen des § 91 gerade die §§ 87, 89, 90 genannt werden; einmal insofern in Abf. 1 der § 87 Erwähnung findet, sodann insofern der § 88 beide Male übergangen wird.

Der § 87 bestimmt:

„Ein Deutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen das Deutsche Reich zu veranlassen, wird wegen Landesverrat mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren, und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“

Es ist das also eine Handlung, welche sich auf einen erst künftigen Krieg bezieht. Thatsächlich kann sie freilich auch während eines Krieges begangen werden. Geriete also z. B. Deutschland heute mit Frankreich in Krieg, so könnte sich der Thäter etwa mit Rußland einlassen, um dieses zu einer Kriegserklärung gegen Deutschland zu bestimmen. Aber auch in diesem Fall bestünde keine juristische

Beziehung zwischen dem Verbrechen und dem bereits im Gange befindlichen deutsch-französischen Kriege. Hiernach aber fehlt die Möglichkeit, daß sich für die Behandlung dieses Verbrechens ein bestimmter Kriegsgebrauch bilden könnte. Denn der Natur der Sache nach kann davon doch nur bei solchen Handlungen die Rede sein, welche im Kriege begangen zu werden pflegen.

Ebenso wunderbarlich ist die Übergehung von § 88. In demselben heißt es:

„Ein Deutscher, welcher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges in der feindlichen Kriegsmacht Dienste nimmt oder die Waffen gegen das Deutsche Reich oder dessen Bundesgenossen trägt, wird . . . bestraft.“

Olschhausen bemerkt in seinen Erläuterungen zu § 91:

„Die in den §§ 87—90 gedachten Handlungen setzen zwar als Subjekt einen Deutschen voraus, können aber an sich von einem Ausländer begangen werden. Dagegen ist der Gedanke, einen Ausländer wegen einer unter den Thatbestand des § 88 fallenden Handlung bestrafen zu wollen, gänzlich ausgeschlossen.“

Ich bin nun nicht in der Lage, einräumen zu können, daß zwischen den Handlungen des § 88 und denen der §§ 89 oder 90 prinzipiell ein Unterschied besteht. Zunächst darf man fragen, ob denn Ausländer, welche sich der Handlungen des § 88 schuldig machen, nicht auch nach Kriegsgebrauch behandelt werden? Wendet man ein, dies sei selbstverständlich, so muß ich replizieren, daß es für die feindlichen Truppen freilich selbstverständlich ist, aber genau in der gleichen Weise, mag es sich darum handeln, daß sie gegen das Deutsche Reich die Waffen tragen oder darum, daß sie Festungen, feste Plätze u. s. w. in feindliche Gewalt bringen oder ähnliche Handlungen begehn.

Die Meinung von Olschhausen und mutmaßlich auch die des Gesetzgebers dürfte dahin gegangen sein, daß die Handlungen des § 88 nur von Angehörigen feindlicher Truppen, die der andern Paragraphen dagegen sowohl von solchen wie auch von sonstigen Personen begangen werden können. Es bliebe dann zwar immer noch inkorrekt, daß der § 88 in dem Abs. 1 des § 91 keine Erwähnung gefunden hätte; dagegen wäre es richtig gewesen, ihn in dem Abs. 2 zu übergehn.

Allein diese Vorstellung ist unzutreffend. Die Handlungen des

§ 88 können von Ausländern begangen werden, die zu den feindlichen Truppen nicht oder noch nicht gehören. Das letztere würde z. B. dann gegeben sein, wenn sie sich von einem feindlichen Werber anwerben lassen. Dies kann, wie keiner weiteren Darlegung bedarf, sehr wohl in einem Augenblick geschehn, wo sie sich im Deutschen Reich aufhalten und zweifellos unter dem Schutz desselben stehn; z. B. seitens ausländischer, an deutschen Hochschulen immatrikulierter Studenten.

Was vollends das Waffentragen anlangt, so ist klar, daß dies bei Freikorps, bewaffneten Bänden, Aufständischen u. s. w. vorliegt, auch wenn sie diejenigen Bedingungen nicht erfüllen, welche sie völkerrechtlich zu Kombattanten machen würden.

Man wendet mir nun vielleicht ein, daß die Handlungen des § 88, sofern sie von einem Deutschen begangen werden, einen völlig andern Charakter hätten, als wenn der Thäter ein Ausländer sei; daß m. a. W. grade die Verletzung der dem eignen Vaterland geschuldeten Treue, d. h. ein Verrat in Frage stünde.

Hierauf ist später noch zurückzukommen. An dieser Stelle genügt es, darauf hinzuweisen, daß in dieser Beziehung der § 88 durchaus auf gleicher Linie mit den §§ 89 und 90 steht. Auch bei den letzteren könnte man ganz das gleiche behaupten. Überhaupt besteht ja offenbar zwischen ihnen die größte Verwandtschaft. § 88 spricht von dem Waffentragen und Dienstenehmen, §§ 89 und 90 davon, daß man der feindlichen Macht Vorstuh leistet, oder den deutschen Truppen Nachteil zufügt, sowie von einzelnen hierunter fallenden Handlungen. Involviert nun aber das Waffentragen gegen das Deutsche Reich nicht auch die Zufügung eines Nachteils gegenüber den deutschen Truppen, oder mindestens den Versuch bezw. die Vorbereitung dazu? Und ist nicht das Dienstenehmen wiederum eine Vorbereitung für das Waffentragen? Zu einer verschiedenen Normierung bezüglich der Thäterschaft ist bei den drei Paragraphen gar keine Möglichkeit.

Ich habe schon oben angedeutet, daß der hier maßgebende Unterschied darin zu finden ist, ob es sich um feindliche Truppen handelt oder nicht. Daß auch bei diesen der Gedanke einer Bestrafung keineswegs so „gänzlich ausgeschlossen“ ist, als dies zunächst den Anschein hat, wird gleich dargelegt werden. Zunächst ist es notwendig, daran zu erinnern, daß diese Straflosigkeit, wie ebenfalls bereits oben erwähnt, gar nichts für den Landesverrat besonders charakteristisches

ist, sondern ebenso bei den anlässlich der Kriegführung begangenen Tötungen, Verwundungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und, wie vielleicht noch der Hervorhebung bedarf, auch bei Hochverrat zutrifft. Wenn Frankreich heute an Deutschland den Krieg erklärte, so würde jedenfalls für die große Mehrzahl der Angehörigen der feindlichen Armee der Hochverrat im Sinne des § 81 Nr. 3 vorliegen. Denn sie würden es unternehmen, einen Teil des Bundesgebietes (Elsaß und Lothringen) vom Ganzen loszureißen. Ebenso könnte es natürlich auch vorkommen, daß einzelne feindliche Soldaten es unternähmen „einen Bundesfürsten zu töten, gefangen zu nehmen oder in Feindes Gewalt zu bringen“ — Handlungen, die selbstverständlich der Rechtswidrigkeit ermangelten.

Bei diesen wie bei den andern oben erwähnten Handlungen liegt der Grund hierfür darin, daß sie anlässlich der Kriegführung und innerhalb derjenigen Grenzen begangen sind, welche vom Völkerrecht als erlaubt anerkannt sind. Es würde unrichtig sein, weil einerseits zu eng, anderseits viel zu weit gehend, wenn man einen Gesetzesparagraphen dahin formulieren wollte, daß die Strafbestimmungen gewisser Abschnitte des St.G.B. auf die Angehörigen der feindlichen Armee keine Anwendung finden. Nicht alle von ihnen begangenen Tötungen u. s. w. sind erlaubt, sondern nur die anlässlich der Kriegführung vorkommenden. Die z. B. an Verwundeten oder an Zivilpersonen begangenen sind Verbrechen, weil sie dem durch das Völkerrecht festgesetzten Brauch widerstreiten. Es wäre zu eng, weil nicht nur die Handlungen der feindlichen, sondern auch die der deutschen Soldaten der Rechtswidrigkeit ermangeln.

Dies hat nun auch für den Landesverrat seine Bedeutung. Kriegerische Operationen aller Art, durch welche der deutschen Armee Nachteile zugefügt werden, dürfen zwar vorgenommen, aber auch hier wiederum bestimmte Schranken nicht überschritten werden. Für die in § 90 Nr. 1 und 2 erwähnten Handlungen ist es daher Frage des Einzelfalles, ob sie rechtswidrig sind oder nicht. Andre Fälle, so insbesondere die Spionage, stehen in der Beziehung anders da: sie sind völkerrechtlich unerlaubt und daher immer rechtswidrig, sofern sie diese Eigenschaft nicht etwa aus einem allgemeinen Grunde, z. B. Notstand verlieren. Bei dem Dienstenehmen und Waffentragen wird die Rechtswidrigkeit zunächst von der Nationalität des Thäters und bei dem Ausländer von dem Begehungsort und seiner Eigenschaft als Kombattant abhängen. Darüber, wann die Hand-

lungen des § 89, der Nummern 3, 4 und 6 des § 90 rechtswidrig sind, werden erhebliche Zweifel übrig bleiben.

Von dem bayrischen M.St.G.B. vom 29. April 1869 war es unternommen worden, diese Fragen zu beantworten. Es dürfte ganz instruktiv sein, von den Vorschriften desselben Kenntniß zu nehmen.

„Art. 119. Militärangehörige und Zivilbeamte der feindlichen Macht, welche die Grenzen ihrer Dienstpflicht überschreiten, sowie Angehörige fremder Armeen und Zivilpersonen, welche im In- oder Auslande zu Gefahr oder Schaden der im Felde stehenden bayrischen oder einer verbündeten Armee oder Angehöriger derselben handeln und deshalb der Militärbehörde vorgeführt werden, sind nach folgenden Bestimmungen zu bestrafen.

Art. 120. Mit dem Tode, in leichteren Fällen der Ziffer 2 und 3 mit Zuchthaus, nicht unter 8 Jahren, wird bestraft, wer

- 1) dem Feinde als Spion dient oder einem Spion Vor- schub leistet;
- 2) Angehörige der bayrischen oder verbündeten Armee zur Desertion oder zum Kriegsverrat zu verleiten sucht;
- 3) bayrische oder verbündete Truppen zum Ungehorsam gegen Dienstbefehle, zur Widersetzung oder zum Auf- ruhr aufwiegelt;
- 4) dem Feinde Mannschaft zuführt, oder ihm Waffen oder andern Kriegsbedarf verschafft.“

In Art. 121 wird dann noch eine Erläuterung darüber gegeben, wer als Spion anzusehen sei.

„Als Spion wird betrachtet, wer, um den Feind zu begünstigen, heimlicherweise den Zustand der Truppen, des Lagers, der Befestigungen oder Magazine, die Stärke, Stellungen, Bewegungen oder Absichten der Armee oder sonstige Umstände, welche sich auf den Angriff oder die Verteidigung beziehen, zu erspähen sucht.

Dagegen können feindliche Militärpersonen, welche auf Rekognoszierungen oder sonst in der Absicht, Erkundigungen einzuziehen, in die Linien der Armee eingedrungen sind, als Spione nicht behandelt werden, insofern sie nicht durch Verleugnung oder Verbergung ihrer militärischen Eigenschaft die Regeln des Kriegsgebrauchs verletzen.“

Über die Angemessenheit dieser Bestimmungen im einzelnen läßt sich gewiß streiten. Insbesondere könnte man bemängeln, daß in Art. 119 anscheinend die Strafbarkeit der feindlichen Soldaten davon abhängig gemacht wird, daß sie ihre Dienstpflicht überschreiten. In Wirklichkeit kann die Meinung wohl kaum dahin gegangen sein. Denn wie kann ein, vielleicht allem Völkerrecht zuwider erlassener Befehl eines Feindes maßgebend sein dafür, ob die Handlung nach inländischem Recht erlaubt oder strafbar ist? Vielmehr werden die Handlungen des Art. 120 schlechthin auch für die feindlichen Soldaten verboten und unter Strafe gestellt.

Zimmerhin muß es als ein wesentliches Verdienst anerkannt werden, daß die gesetzgeberische Aufgabe richtig erkannt wurde, mag auch die Lösung derselben noch zu wünschen übrig lassen.

Das R.St.G.B. dagegen befindet sich auf völlig falschem Wege: es will bezüglich bestimmter Personenklassen statuieren, daß sie mögliche Thäter eines Landesverrats nicht sind, während es sich einerseits viel allgemeiner darum handelt, anzugeben, welche (an sich rechtswidrigen) Handlungen der Rechtswidrigkeit entbehren, andererseits anzuerkennen ist, daß alle Personen mögliche Thäter eines Landesverrats sind.

Denn es ist ein fundamentaler Irrtum, wenn man das Wesen des Landesverrats in der Verlegung der dem eignen Vaterland geschuldeten Treue, d. h. also in einem Verrat in diesem Sinne des Wortes findet und demgemäß prinzipiell nur den Inländer für den möglichen Thäter erklärt, wie dies seitens des R.St.G.B.s geschieht und von der Doktrin gebilligt wird. Es besteht in dieser Beziehung zwischen Hochverrat und Landesverrat durchaus kein Unterschied. Bezüglich des Hochverrats ist man sich darüber klar, daß der Staat gegen alle Angriffe, die seine Existenz bedrohen, geschützt werden muß, mögen sie von wem auch immer ausgehen. Bei dem Landesverrat dagegen erkennt man, daß diese Notwendigkeit genau in der gleichen Weise für diejenigen Angriffe besteht, welche gegen den Staat als Glied der Staatenfamilie gerichtet sind.

Man wendet ein, daß bei dem Landesverrat die Beziehungen des einen Staats zum andern in Frage stünden und daß gerade deshalb der Ausländer, welcher gegen das Inland einen Landesverrat begeht, hierzu durch die seinem Vaterland geschuldete Treue und Hingebung veranlaßt sein kann; daß dagegen bei dem Hochverrat der Staat als solcher, nicht in seinem Verhältnis zu andern Staaten,

angegriffen würde. Allein mit der Schärfe, wie dies gewöhnlich geschieht, darf dieser Unterschied doch nicht behauptet werden. Wenn das Bundesgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staat gewaltsam einverleibt werden soll (§ 81 Nr. 3), so wird hierbei doch ein fremder Staat notwendig vorausgesetzt. Und wenn bei den andern Fällen des Hochverrats auch begrifflich nicht Beziehungen des einen zum andern Staat in Frage stehen, so darf doch nicht übersehen werden, daß dies thatsächlich sehr wohl bei ihnen der Fall sein kann. Das Wesen von Hochverrat wie Landesverrat erschöpft sich darin, daß sie bestimmt geartete Angriffe gegen das Inland sind. Welche Motive den Ausländer zu seinem Thun veranlaßt haben, ob insbesondere patriotische, ist für die Auffassung des Inlands gleichgültig.

Eine andre Frage ist, ob es nicht für die Strafhöhe einen Unterschied zu begründen hätte, ob die Handlung seitens eines Deutschen oder eines Ausländers begangen wird? Das möchte ich allerdings bejahen, aber auch wiederum gleichmäßig für Hoch- und Landesverrat. Es ist denn doch ein Unterschied, ob ein Franzose oder ein Preuße es unternimmt, Elfaß-Lothringen vom Deutschen Reich loszureißen. Bei der Bestimmung des Strafrahmens ist es durchaus angemessen, auf die Verletzung der Treueverpflichtung Rücksicht zu nehmen.

Das positive Recht thut dies bei dem Hochverrat und dem Komplex von Handlungen, welche es als Beleidigung des Landesherrn bezw. Bundesfürsten (St.G.B. §§ 94—101) zusammenfaßt; aber zum Teil in verkehrter Weise. Es wäre zu billigen, wenn die Handlung des Deutschen, welche sich gegen den Kaiser oder gegen den eignen Landesherrn richtet, mit qualifizierter Strafe belegt wird. Dagegen ist m. E. die Richtung gegen den Landesherrn des Aufenthaltsortes wenig hierzu geeignet. Der Aufenthalt in einem Territorium, der von ganz vorübergehenden Dauer sein kann, ist kein Verhältnis, welches ein Pietäts- oder Treueverhältnis begründet.

Hier wie bei dem § 91 Abs. 2 dürfte der Begriff des *subditus temporarius* verhängnisvoll gewesen sein. Man sollte sich doch endlich darüber klar werden, daß dieser Begriff einem System von Vorstellungen angehört, welche heute längst aufgegeben sind. Als man glaubte, die Rechtsordnung des Inlandes sei prinzipiell nur für den Inländer verpflichtend, suchte man mit jenem Begriff den Kreis

der zum Gehorsam verbundenen Subjekte, den praktischen Bedürfnissen entsprechend, zu erweitern. Heute hat derselbe gar keine Existenzberechtigung mehr, da man ja nicht daran zweifelt, daß die inländische Rechtsordnung Respektierung von jedem schlechthin fordert, wie sie ja mehrfach den Ausländer wegen der von ihm im Ausland begangenen Handlungen bedroht. Wenn das positive Recht regelmäßig nur die im Inland begangenen Verbrechen verfolgt wissen will (St.G.B. § 4 Abs. 1), so beruht das auf völlig andern Erwägungen, in erster Linie doch wohl auf der, daß nur bei diesen Handlungen stets vorausgesetzt werden darf, daß die Interessen des Inlandes dabei ins Spiel kommen. Es ist hier nicht der Ort, des näheren darzulegen, von welchen Gesichtspunkten man bei der Statuierung der einzelnen Ausnahmen ausgegangen ist. Billigung verdient jedenfalls, daß die im Ausland begangene landesverräterische Handlung nur dann verfolgt werden soll, wenn sie von einem Inländer begangen ist. Wenn bei einem deutsch-französischen Kriege die Engländer oder Italiener ihre Sympathieen Frankreich zuwenden, Geld oder Liebesgaben für die französische Armee sammeln, so kann Deutschland darin kein Verbrechen finden, sofern es im Ausland geschieht. Wollten aber die in Deutschland lebenden Fremden hier das gleiche thun, so ist auch für die unmittelbare Empfindung die Strafwürdigkeit gegeben. Mit dem Begriff des *subditus temporarius* braucht man aber zur Erklärung hiervon durchaus nicht zu operieren.

Kehren wir nach dieser allgemeinen Erörterung zum positiven Recht zurück, so wird es ferner einer Verständigung darüber bedürfen, was es mit dem Kriegsgebrauch für eine Verwandtnis hat, auf welchen der § 91 verweist.

Darüber besteht wohl Einverständnis, daß jedenfalls die feindlichen Truppen, welche anlässlich einer Invasion sich in Deutschland befinden, diesem Kriegsgebrauch unterliegen. Gerade mit Rücksicht auf sie ist ja seinerzeit die entsprechende Vorschrift des § 70 Abs. 1 in das Preussische Strafgesetzbuch aufgenommen.

Nun wurde oben dargelegt, daß die von den feindlichen Truppen begangenen landesverräterischen Handlungen rechtswidrig und strafbar sein, ebenso aber auch der Rechtswidrigkeit entbehren können. Man müßte also annehmen, daß durch den Kriegsgebrauch festgestellt werden sollte, ob und wie die feindlichen Soldaten wegen derselben zu bestrafen sind.

Allein nach dem gegenwärtig geltenden Recht ist für die letztere Frage der Kriegsgebrauch jedenfalls nicht maßgebend, sondern ausschließlich das Militärstrafgesetzbuch.

In § 160 bedroht dasselbe alle Inländer und Ausländer, welche auf dem Kriegsschauplatz landesverräterische Handlungen begehen. Andre auf den Landesverrat bezügliche Vorschriften finden sich in den §§ 155, 159 und 161.

Durch diese Bestimmungen, welche weiter unten eingehend zu besprechen sind, werden die Voraussetzungen der Bestrafung bezüglich der Person des Thäters, des Orts und der Modalitäten der Begehung näher bezeichnet, desgleichen die Strafen angegeben, welche zu verhängen sind.

Daß diesen Vorschriften gegenüber der Kriegsgebrauch keine derogatorische Bedeutung besitzen kann, bedarf keines Beweises. Er kann dieselben aber auch nicht ergänzen. Dazu wäre schon einmal deshalb kein Raum, weil alle Handlungen, für welche er gemäß § 91 Platz greifen soll, im M.St.G.B. Erwähnung finden. Sodann aber bestimmt M.St.G.B. § 2:

„Diejenigen Bestimmungen, welche nach den Vorschriften des Deutschen St.G.B.s in Begehung auf Verbrechen und Vergehen allgemein gelten, finden auf militärische Verbrechen und Vergehen entsprechende Anwendung.“

Zu diesen allgemeinen Bestimmungen gehört aber auch § 2:

„Eine Handlung kann nur dann mit Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.“

Der Kriegsgebrauch kann hiernach die Bedeutung einer Rechtsquelle, auf Grund deren Strafen verhängt werden, überhaupt nicht haben.

Gegenüber den erwähnten Bestimmungen des M.St.G.B.s ist endlich auch die Annahme ausgeschlossen, daß etwa der Kriegsgebrauch gestatte, für die in Rede stehenden Handlungen Maßnahmen zu verhängen, die Strafen im Rechtssinn nicht sind, tatsächlich aber auf dasselbe hinauslaufen, also etwa Spione oder Überläufer einfach zu erschießen oder dergl. Denn wenn das M.St.G.B. für diese Handlungen wirkliche Strafen androht, auf welche nach Urteil und Recht zu erkennen ist, so bleibt daneben natürlich für solche Maßnahmen der faktischen Gewalt gesetzlich kein Raum. Dies muß

um so mehr betont werden, weil die Darstellungen des Völkerrechts regelmäßig die entgegengesetzte Ansicht vertreten.³⁾

Die andre Frage, das Ob? der Bestrafung anlangend, so verhält es sich damit folgendermaßen.

Wenn oben bemerkt wurde, daß die Rechtswidrigkeit der von feindlichen Soldaten begangenen landesverräterischen Handlungen davon abhinge, ob die letzteren eine Überschreitung der vom Völkerrecht gezogenen Grenzen der Kriegsführung enthalten, so würde wenig darauf ankommen, wenn man hier für Völkerrecht „Kriegsgebrauch“ substituierete. Es könnte also etwa vorgeschrieben werden:

„Feindliche Soldaten, welche den Regeln des Kriegsgebrauchs zuwider die und die Handlungen begehen, sollen so und so bestraft werden.“

³⁾ Man vergl. z. B. Heffter, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart, 7. Ausgabe, bearbeitet von Gesslen. Berlin 1881. S. 266. „Ganz außer dem Schutze des Kriegsrechts und der Kriegsmanier stehen . . . c. diejenigen, welche gegen den Feind, unter dessen Gewalt sie sich befinden, Verrat üben, oder sonstige Feindseligkeiten begehen; d. die Überläufer, welche beim feindlichen Heer gefunden werden. Letztere verfallen den Militärstrafgesetzen; die vorhergedachten dem feindlichen Martialgesetz und Kriegsgebrauch.“ — Ein Blick auf § 160 des M.St.G.B. zeigt, daß auch die sub c angeführten Personen den Militärstrafgesetzen unterstehen.

Ganz unbestimmt und daher unbrauchbar sind die Äußerungen bei Bluntschli, Das moderne Völkerrecht der zivilisierten Staaten, Nördlingen 1872 §§ 563, 564. Positiv falsch ist die Ausführung zu § 631. „Diese Handlung (Mitteilung über die Kriegsführung an den Feind) kann zugleich ein gemeines Verbrechen des Landesverrats sein, wenn ein Offizier des Heeres oder ein Zivilbeamter die ihm anvertrauten Kriegspläne dem Feinde verrät, oder wenn der Bewohner einer Stadt oder Festung den feindlichen Heerführern Mitteilungen in der Absicht zukommen läßt, die Eroberung der Stadt oder Festung zu erleichtern. Aber sie kann auch unter Umständen vorkommen, in denen das bürgerliche Strafgesetz kein Verbrechen findet und dennoch der großen Gefährlichkeit wegen kriegsgerichtlich bestraft werden muß. Vielleicht gehört der Verräter persönlich dem Staate an, dessen Heer sich als Feind nähert, und macht seine Mitteilungen aus patriotischer Gesinnung. Trotzdem läuft er Gefahr, von dem am Orte herrschenden Feind als Verräter vor ein Kriegsgericht gestellt und vielleicht erschossen zu werden“ u. s. w. Die Bemühung, hierin eine präzise juristische Unterscheidung zu entdecken, die der Verf. etwa im Sinn haben könnte, scheitert. Von den Bestimmungen des M.St.G.B. §§ 160, 57—59, St.G.B. § 90 hat derselbe, wie es scheint, gar keine Ahnung. Auch andern Völkerrechtslehrern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie entweder das positive Recht nicht kennen, oder die Angabe der Gründe schuldig bleiben, weshalb sie Dinge als geltend vortragen, welche von demselben fundamental abweichen.

Das ist aber etwas ganz andres, als wenn es heißt:

„Gegen feindliche Soldaten ist nach dem Kriegsgebrauch zu verfahren.“

Der Kriegsgebrauch ist nur für eine Vorfrage maßgebend, ähnlich wie sich vielleicht nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts entscheidet, ob ein Beschuldigter zu der Vornahme der ihm zur Last gelegten Handlung berechtigt gewesen ist. Hier wird niemand auf den Gedanken kommen, sagen zu wollen, der Beschuldigte sei nach bürgerlichem Recht zu behandeln. Ebenso unlogisch ist es aber, wenn das Gesetz dort sagt, die feindlichen Soldaten unterliegen dem Kriegsgebrauche.

Nur deshalb kann nicht gesagt werden, daß auch für das Ob? der Bestrafung ausschließlich das Gesetz maßgebend sei, weil weder in dem bürgerlichen noch im M.St.G.B. diejenigen Gründe eine erschöpfende Aufzählung gefunden haben, welche bei an sich rechtswidrigen Handlungen den Wegfall der Rechtswidrigkeit bewirken. Notwehr und Notstand sind erwähnt, die zahlreichen und intrikaten andern Fälle, welche man etwa als berechtigte Wahrung öffentlicher oder privater Interessen und unter andern Rubriken zusammenfassen könnte, übergeht das Gesetz mit Schweigen, ohne sie dadurch ausschließen zu wollen. Hier ist man also genötigt sich auf „allgemeine Grundsätze“ zu berufen, oder welchen Ausdruck man sonst gebrauchen will.

Es ist nun aber jedenfalls unangängig, aus dieser ganzen Gruppe von Fällen einen einzelnen auszuheben und für diesen den Wegfall der Rechtswidrigkeit aus dem Kriegsgebrauch als Rechtsquelle herleiten zu wollen; um so mehr, als dies für den doch ganz nahe verwandten Fall, daß seitens der deutschen Soldaten anläßlich der Kriegsführung an sich verbotene Handlungen begangen werden, in keiner Weise paßen würde.

Und somit kommt man zu dem Resultat, daß die Verweisung auf den Kriegsgebrauch weder in der einen noch in der andern Beziehung irgendetwelche Bedeutung besitzt.

Von den Lehrern des Völkerrechts wird ganz regelmäßig vorgetragen, daß eine Bestrafung der Spione nur dann erfolgen könne, wenn sie an den Ort, an welchem sie spionierten, ergriffen werden.

„Ein Spion der sein Geschäft besorgt hat und wohlbehalten zu seiner Armee zurückgekehrt ist, darf mithin, falls er nachher in die Hände des ausgedehnten Feindes

fallen sollte, nicht mehr bestraft, sondern muß als Kriegsgefangener behandelt werden.“

So v. Martens, Völkerrecht (deutsche Ausgabe von Bergbohm) II § 116 a. E.; vergl. Bluntschli a. a. O. § 633, Heffter a. a. O. § 250.

Eine gesetzliche Vorschrift zur Begründung dieser festen Behauptung anzuführen, sind die Herren nicht in der Lage. Es bliebe also wohl nur der Kriegsgebrauch übrig.

Aber für Deutschland kann davon deshalb gar keine Rede sein, weil diejenigen Gründe, welche die Strafbarkeit eines Verbrechens wieder beseitigen, allerdings in dem St.G.B. erschöpfende Behandlung gefunden haben und diese Vorschriften gemäß M.St.G.B. § 2 auch für das Militärstrafrecht unverändert gelten. Soviel ich sehe, ist sonst auch noch niemals für das Gebiet des bürgerlichen Strafrechts die Behauptung aufgestellt worden, daß neben den vom Gesetz erwähnten Gründen: Rücktritt vom Versuch, thätige Reue, Verjährung u. s. w. noch andre Umstände die gleiche Wirkung besitzen. Für das Militärstrafrecht kann aber nichts anderes gelten. — Auch in der Richtung also, daß die Strafbarkeit eines Verbrechens wieder beseitigt würde, kann dem Kriegsgebrauch keine Bedeutung beigemessen werden.

Während somit der Abs. 1 des § 91 überhaupt wirkungslos ist, verhält sich dies bezüglich des Abs. 2 desselben Paragraphen anders.

Die Handlung des § 87, das Einlassen mit einer fremden Regierung, um dieselbe zu einem Kriege gegen das Deutsche Reich zu veranlassen, wird, wenn von einem Ausländer begangen, regelmäßig nur gemäß dem Abs. 2, nicht gemäß dem M.St.G.B. bestraft werden können, weil bei ihrer Begehung die Modalitäten, insbes. der bereits ausgebrochene Krieg, von denen das M.St.G.B. die Bestrafung abhängig macht, nicht vorliegen werden. Auch für die andern Fälle des Landesverrats aber hat der Abs. 2 seine Bedeutung bewahrt; teils weil das M.St.G.B. darauf verweist, teils, weil es die Fälle nicht erschöpfend behandelt.

Hiernach wäre denn also endlich die Frage zu beantworten, was die Worte bedeuten:

„während sie unter dem Schutze des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats sich innerhalb des Bundesgebietes aufhalten.“

Die Interpretation befindet sich bei demselben nun wahrlich in übler Lage. Denn es wird in ihm, wie die bisherigen Erörterungen gezeigt haben dürften, ein ganz schiefer Gedanke unglücklich formuliert. Immerhin ist das Ergebnis ein erträgliches, wenn man von der Vorstellung ausgeht, daß unter dem Schutz des Deutschen Reichs jeder steht, welcher sich in den Grenzen desselben aufhält, mit Ausnahme der feindlichen Truppen. Um dies Resultat zu begründen, wird man weniger Gewicht auf die Entstehungsgeschichte der ganzen Vorschrift legen, als vielmehr darauf, daß bei den letzteren, aber auch nur bei ihnen, das Streben des Inlands auf Vernichtung, also das gerade Gegenteil von Schutz, gerichtet ist.

Unterstützt wird dieser Interpretationsvorschlag dadurch, daß jeder andre Weg sich als ungangbar erweist, wie denn die herrschende Meinung auch damit übereinstimmt.⁴⁾ Die einzige abweichende Ansicht, welche John (Holzendorfs Handbuch III S. 49) aufgestellt hat, ging dahin, der Schutz sei nur dann vorhanden, wenn die zuständigen Behörden von dem Aufenthalt des Ausländers im Inlande Kenntnis genommen hätten und denselben duldeten. Allein die in Deutschland geltenden Gesetze, namentlich die Strafgesetze, schützen den Ausländer auch schon vorher und nach der erfolgten Kenntnisnahme durchaus nicht in anderer Weise. Bezüglich der Durchreisenden braucht eine solche Kenntnisnahme überhaupt gar nicht

⁴⁾ Auf einem völligen Mißverständnis scheint es mir zu beruhen, wenn Dishausen (Kommentar 2. Aufl. § 91 Anm. 1 Abs. 2) mit der feindlichen Kriegsmacht die Exterritorialen in Verbindung bringt. Nachdem er ganz zutreffend hervorgehoben, daß alle im Inland weilenden Ausländer, sogar die Ausgewiesenen den Schutz der inländischen Gesetze genießen, bemerkt er: „Ja sogar den Exterritorialen und den zur feindlichen Kriegsmacht gehörigen Personen kommt in gewissem Sinn der Schutz der in Deutschland geltenden Gesetze zu gute. Dennoch kann der Ausdruck „unter dem Schutz des Deutschen Reichs sich aufhalten“ nicht auf die durch das Völkerrecht geschützten Exterritorialen und die sich selbst schützende feindliche Kriegsmacht bezogen werden.“ Ich dachte, die Exterritorialen stehen nicht nur unter dem gewöhnlichen, sondern noch unter einem besonderen Schutz des Inlandes. Insofern ist also die Frage, ob sie mögliche Täter des Landesverrats sind, zu bejahen. Freilich können sie wegen desselben nicht bestraft werden, weil sie der inländischen Straf Gewalt nicht unterworfen sind. Hierbei steht der Landesverrat allen andern Verbrechen ganz gleich. Die strafrechtliche Position der Exterritorialen ist von der der feindlichen Truppen total verschieden, und wenn sich bei beiden übereinstimmend herausstellt, daß eine Verstrafung wegen Landesverrats nicht erfolgt, so beruht es auf ganz verschiedenen Gründen.

stattzufinden. Schließlich würde es hierbei von der partikularrechtlichen Regelung des Melbewesens abhängen, wer möglicher Thäter eines Landesverrats ist. Das kann füglich nicht vorausgesetzt werden.

Endlich wird bei dieser Interpretation auch der Widerspruch beseitigt, der, wie oben gezeigt, darin liegt, daß bei dem diplomatischen Landesverrat schlechthin jeder, bei dem sogenannten militärischen zunächst nur der Inländer als Thäter bezeichnet wird.

Das einzig Richtige wäre, wenn der ganze § 91 in Wegfall käme, dafür aber die sämtlichen Paragraphen, welche den Landesverrat behandeln, mit den Worten begannen:

„Wer vorsätzlich und rechtswidrig . . .“

Dadurch würde der gegenwärtig bestehende Mißstand beseitigt, daß die Handlungen des § 88, wenn von Ausländern im Inlande begangen, straflos zu bleiben haben; es käme zum Ausdruck, daß das Vorhandensein der Rechtswidrigkeit eine Frage altioris indaginis wäre, und es käme das alle gesetzgeberische Technik verletzende Verhältniß in Fortfall, daß durch die Ausdrucksweise der früheren Paragraphen anscheinend ein Prinzip begründet wird, von welchem ein späterer Paragraph nichts Wesentliches übrig läßt, sondern es durch ein andres ersetzt.

Bei einer Besprechung der Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs über den Landesverrat ist es unvermeidlich dieselben in allgemeinerem Sinne einer Erörterung und Kritik zu unterwerfen.

In dem ersten Titel des zweiten Teils wird von den militärischen Verbrechen und Vergehen der Personen des Soldatenstandes gehandelt. In demselben ist der erste Abschnitt dem „Hochverrat, Landesverrat, Kriegsverrat“ gewidmet.

Es bestimmt zunächst § 56:

„Auf eine Person des Soldatenstandes, welche sich eines Hochverrats oder eines Landesverrats schuldig macht, finden die Vorschriften des Deutschen Strafgesetzbuchs (§§ 80—93) Anwendung.“

Darauf besagt § 57:

„Wer im Felde einen Landesverrat begeht, wird wegen Kriegsverrats mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“

§ 58. Wegen Kriegsverrats (§ 57) wird mit dem Tode bestraft, wer mit dem Vorsatze, einer feindlichen Macht Vor-

schub zu leisten oder den deutschen oder verbündeten Truppen Nachteil zuzufügen,

- 1) eine der im § 90 des Deutschen Strafgesetzbuch bezeichneten strafbaren Handlungen begeht,
- 2) . . ."

Hieraus ist folgendes zu entnehmen. Der Umstand, daß ein Hochverrat oder Landesverrat von einem Soldaten begangen wird, führt an sich noch nicht zu einer qualifizierten Strafe. Dagegen tritt letztere dann ein, wenn ein Landesverrat von einem Soldaten im Felde begangen wird. Uebermals qualifiziert sind dann einzelne kasuistisch aufgezählte, im Felde begangene landesverräterische Handlungen. Der Begriff „im Felde“ findet seine Erläuterung in den §§ 9 und 10:

„Die in diesem Gesetze für strafbare Handlungen im Felde gegebenen Vorschriften (Kriegsgesetze) gelten:

- 1) für die Dauer des mobilen Zustandes des Heeres, der Marine oder einzelner Teile derselben;
- 2) für die Dauer des nach Vorschrift der Gesetze erklärten Kriegszustandes in den davon betroffenen Gebieten;
- 3) in Ansehung derjenigen Truppen, denen bei einem Aufbruch, einer Meuterei, oder einem kriegerischen Unternehmen der befehligende Offizier dienstlich bekannt gemacht hat, daß die Kriegsgesetze für sie in Kraft treten, für die Dauer dieser Zustände;
- 4) in Ansehung derjenigen Kriegsgefangenen, welchen der höchste an ihrem Aufenthaltsort befehligende Offizier dienstlich bekannt gemacht hat, daß die Kriegsgesetze für sie in Kraft treten.

§ 10. Den Kriegsgesetzen unterworfen sind im Fall des § 9 Nr. 1:

- 1) die Personen des aktiven Dienststandes von dem Tage ihrer Mobilmachung bis zu ihrer Demobilmachung;
- 2) die Personen des Beurlaubtenstandes von dem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bis zu ihrer Entlassung."

Einige Bedenken kann ich diesem System gegenüber nicht unterdrücken.

Die Motive^{b)} zu § 57 (Entwurf § 69) heben selbst hervor,

^{b)} Vergl. Sammlung sämtlicher Drucksachen des deutschen Reichstags I. Legislatur-Periode III. Session 1872 Nr. 5 S. 87.

daß es nach den Vorschriften des St.G.B. fast ausnahmslos zum Thatbestand des Landesverrats gehöre, daß die Handlung während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges begangen wird. Die einzige Ausnahme bilde der in § 92 des R.St.B. vorgesehene sogenannte diplomatische Landesverrat.

„Wegen der größeren Gefährlichkeit“ — so fahren dann die Motive wirklich fort — „tritt aber eine erhöhte Strafwürdigkeit von selbst ein, wenn er von Personen des Soldatenstandes begangen wird, die bereits mobil gemacht worden oder sonst den Kriegsgesetzen unterworfen sind.“

Das verstehe ich nicht. Die Regel bildet doch, daß die Mobilmachung der Kriegserklärung vorangeht! Oder sie wird mit ihr gleichzeitig stattfinden oder ihr unmittelbar folgen. Mit andern Worten: der Kriegszustand bringt die Mobilmachung eo ipso mit sich. Ist also ersterer schon nach dem St.G.B. zum Thatbestand des Landesverrats erforderlich, so hat es keinen rechten Sinn, die letztere für einen qualifizierenden Umstand zu erklären.

Stellt man sich aber Fälle vor, wo bei ausgebrochenem Kriege nur ein Teil der Armee mobil gemacht wird, so ist man im Verständnis auch nicht sehr gefördert. Es hat dann freilich keine Schwierigkeiten mehr, sich ein Beispiel zu konstruieren, wo ein Soldat während eines gegen Deutschland stattfindenden Krieges einen Landesverrat begeht, ohne daß er mobil gemacht wäre. Ich kann aber eigentlich nicht einsehen, weshalb seine Handlung in ihrer Gefährlichkeit von seiner Mobilmachung beeinflusst wird.

Zu § 58 wäre zu bemerken, daß nicht etwa, wie man nach der Fassung vermuten könnte, der Voratz, der feindlichen Macht Voranschub zu leisten oder den deutschen oder verbündeten Truppen Nachteil zuzufügen, den gemeinsamen Qualifikationsgrund abgibt. Der dahin gerichtete Voratz muß vielmehr vorhanden sein, um die Handlung überhaupt zu einer landesverräterischen zu machen. Dies kommt besonders deutlich dadurch zum Ausdruck, daß eine der in § 58 aufgeführten Handlungen, ohne diesen Voratz begangen, den Thatbestand eines andern militärischen Verbrechens ausmacht. Es bedroht der § 92 den „Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienst-sachen durch Nichtbefolgung oder durch eigenmächtige Abänderung oder Überschreitung desselben“. In § 58 Nr. 7 wird genau in der gleichen Weise von denjenigen gehandelt, welcher „einen Dienstbefehl ganz oder teilweise unausgeführt läßt, oder eigenmächtig abändert“

Zu der besonders schweren Strafandrohung gibt vielmehr lediglich die große Gefährlichkeit den Anlaß, welche bei allen einzeln genannten Handlungen des § 58 angenommen wird. Abgesehen hiervon ist denselben aber nichts weiteres gemeinsam, als daß sie eben Einzelfälle des Kriegsverrats sind.

Als möglichen Thäter eines Kriegsverrats erscheinen nun außer den Personen des Soldatenstandes auch zweitens die Militärbeamten. In § 153 wird gesagt:

„Ein Militärbeamter, welcher sich im Felde einer der in dem ersten bis dritten, dem sechsten und achten Abschnitt des ersten Titels bezeichneten strafbaren Handlungen schuldig macht, wird nach den daselbst für Personen des Soldatenstandes gegebenen Bestimmungen bestraft.“

Durch diese Vorschriften der §§ 56, 57, 58 und § 153 ist bezüglich der Thäterschaft dem Strafgesetzbuch gegenüber nur eine unerhebliche Erweiterung herbeigeführt.

Für diejenigen Soldaten, welche eingetreten sind, um ihrer gesetzlichen Wehrpflicht zu genügen, ist es selbstverständlich, daß sie Deutsche sind. Es gibt aber auch eine freiwillige Übernahme des Militärdienstes, und von denselben sind, soviel ich sehe, die Ausländer nicht ausgeschlossen. Freilich würden diese regelmäßig durch ihre Anstellung stillschweigend naturalisiert werden in Gemäßheit von § 9 des Gesetzes vom 1. Juni 1870 betreffend den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. Denn die freiwillig übernommene Militärdienstpflicht ist unmittelbarer Staatsdienst. Für die Militärbeamten gilt genau das gleiche. Der erwähnte § 9 gestattet nun aber, daß durch ausdrücklichen, in die Bestallung aufgenommenen Vorbehalt sich der Angestellte seine Ausländerqualität reserviert. Wenn ich nicht irre, so wird das bei den in das Heer eintretenden Ausländern sowie denjenigen, welche etwa Militärbeamte werden, ebenfalls gelten müssen.

Für diese Soldaten nun, welche Ausländer sind, ist unbedingt die Möglichkeit vorhanden, einen Landesverrat oder Kriegsverrat zu begehen. Denn in den §§ 56 und 57 ist die Disposition zu finden, daß die Personen des Soldatenstandes mögliche Subjekte der darin erwähnten strafbaren Handlungen sind. Für die Militärbeamten dagegen, welche Ausländer sind, liegt die Sache etwas anders. Sie können zwar, wenn sie im Felde sind, den Anfangsworten von § 153 gemäß, einen Kriegsverrat begehen. Dagegen richtet sich die Mög-

lichkeit, unter gewöhnlichen Verhältnissen einen Landesverrat zu begehen, lediglich nach dem Bürgerlichen St.G.B. Und das führt zu der Konsequenz, daß sie wegen der im Ausland begangenen landesverräterischen Handlungen nur dann bestraft werden können, wenn sie sich dort bei den Truppen oder sonst in dienstlicher Stellung befinden; vergl. M.St.G.B. § 7.

Von großer Wichtigkeit sind die Bestimmungen des dritten Titels des M.St.G.B.s, welcher die Überschrift trägt „Strafbestimmungen für Personen, welche den Militärgesetzen nur in Kriegzeiten unterworfen sind“. Dieselben müssen im Zusammenhange besprochen werden.

§ 155. Während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges sind alle Personen, welche sich in irgend einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse bei dem kriegführenden Heere befinden, oder sonst bei demselben aufhalten oder ihm folgen, den Strafvorschriften dieses Gesetzes, insbesondere den Kriegsgeetzen unterworfen.

§ 158. Auf strafbare Handlungen eines Kriegsgefangenen finden nach Maßgabe seines Militäranges die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Anwendung.

§ 160. Ein Ausländer oder Deutscher, welcher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges auf dem Kriegsschauplatz sich einer der in den §§ 57 bis 59 und 134 vorgesehenen Handlungen schuldig macht, ist nach den in diesen Paragraphen gegebenen Bestimmungen zu bestrafen.

§ 161. Ein Ausländer oder Deutscher, welcher in einem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiete gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder gegen eine auf Anordnung des Kaisers eingesetzte Behörde eine nach den Gesetzen des Deutschen Reichs strafbare Handlung begeht, ist ebenso zu bestrafen, als wenn diese Handlung von ihm im Bundesgebiete begangen wäre.“

Bei dem § 160 wirkt es doch einigermaßen verblüffend, daß Inländer und Ausländer ohne jede weitere Unterscheidung oder Voraussetzung wegen der auf dem Kriegsschauplatz begangenen landesverräterischen Handlungen mit Strafe bedroht werden. Denn zu den Ausländern gehören ja auch die feindlichen Truppen, deren Aufgabe gerade darin besteht, dem deutschen Heere Nachteil zuzu-

fügen und andre der in § 90 Nr. 1 und 2 des St.G.B.s erwähnten Handlungen vorzunehmen.

Auch ist die Annahme ausgeschlossen, daß hier nur solche Ausländer gemeint seien, welche zu den feindlichen Truppen nicht gehören. Denn dann müßten auch die von den letzteren begangenen landesverrätherischen Handlungen straflos bleiben, welche eine Überschreitung der völkerrechtlich gezogenen Grenzen der Kriegsführung enthalten.

Man muß sich also bei dem § 160 in dem Gedanken beruhigen, daß hier wie überall nur die rechtswidrige Begehung bedroht ist, diese Eigenschaft aber den üblichen kriegerischen Operationen mangelt.

Vorschriften nach dem Muster des Baiyrischen M.St.G.B.s wären wohl angemessener gewesen.

Die Motive zu § 160 enthalten nur die dürftige Bemerkung:

„Die Vorschrift des § 160 schließt sich in Ansehung der §§ 57—59 dem § 4 des G. St.G.B. an und ist in dieser Hinsicht für die Sicherheit des kriegsführenden Heeres notwendig. — In Ansehung der in § 134 unter Strafe gestellten Handlungen empfiehlt sie sich aus Gründen der Menschlichkeit“.

Allein dabei wird die Tragweite der Vorschrift des § 160 vollkommen verkannt. Der § 4 des G. St.G.B. schreibt vor, daß gewisse mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohte Handlungen mit dem Tode zu bestrafen seien, wenn sie während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges auf dem Kriegsschauplatz begangen werden. Der genannte Paragraph legt sich selbst aber nur provisorische Bedeutung bei: „bis zum Erlaß der in den Artikeln 61 und 68 der Verfassung des Deutschen Reichs vorbehaltenen Reichsgesetze“. Wollte also das M.St.G.B. diesem Provisorium ein Ende machen, so mußte es anordnen:

„Die in den §§ 88 und 90 des St.G.B. für das Deutsche Reich mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedrohten Handlungen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges auf dem Kriegsschauplatz begangen werden.“

Die Vorschrift des § 160 geht nun aber inhaltlich hierüber weit hinaus. Denn sie statuiert, daß Ausländer auf dem Kriegsschauplatz schlechthin mögliche Thäter des Kriegsverrats sind, während sie sonst einen Landesverrat nur nach Maßgabe des § 91 Abs. 2

d. h. im Inlande begehen können. Sodann aber werden qualifizierte Strafen auch für andre Fälle des auf dem Kriegsschauplatz begangenen Landesverrats angedroht, als in den §§ 88 und 90 mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht sind.

Die von dem § 160 beliebte Gleichstellung der deutschen Soldaten, der Inländer und der Ausländer erscheint doch als von sehr problematischem Wert. Ich räume ein, daß die schwersten Fälle die Todesstrafe erfordern, welche als solche eine Nuancierung ausschließt. Abgesehen davon scheint mir aber eine Verschiedenheit in der Bestrafung geboten, wie das im allgemeinen schon oben bemerkt wurde.

Auch die Hervorhebung des § 134 ist etwas rätselhaft. Der § bestimmt:

„Wer im Felde in der Absicht rechtswidriger Zueignung einem auf dem Kampfsplatz gebliebenen Angehörigen der deutschen oder verbündeten Truppen eine Sache abnimmt, oder einem Kranken oder Verwundeten auf dem Kampfsplatz oder dem Marsche, auf dem Transport oder im Lazarett, oder einem seinem Schutze anvertrauten Kriegsgefangenen eine Sache wegnimmt oder abnötigt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft; zugleich kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Die direkte Anwendung dieser Vorschrift auf andre Personen als Soldaten ist zum Teil unmöglich, wie die Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Im übrigen ist es freilich gewiß angemessen und notwendig, daß diese Handlungen, von wem auch immer auf dem Kriegsschauplatz begangen, bestraft werden. Aber man fragt sich, ob denn lediglich für sie (neben dem Kriegsverrat) diese Notwendigkeit besteht; mit andern Worten, wie diese ganz singuläre Hervorhebung eigentlich zu erklären sei? Von andern ganz abgesehen, so finden sich in dem achten Abschnitt des ersten Titels: „Widerrechtliche Handlungen im Felde gegen Personen oder Eigentum“, in welchem auch § 134 seinen Platz hat, zahlreiche andre Handlungen, welche mit denjenigen dieses Paragraphen große Ähnlichkeit haben und bezüglich deren die Notwendigkeit einer Bestrafung genau in der gleichen Weise vorhanden ist. Die „Menschlichkeit“, auf welche sich die Motive berufen, erfordert zweifellos die Kriminalisierung auch dieser letzteren.

Auch in sofern ist die Vorschrift zu eng, als sie die Bestrafung davon abhängig macht, daß die Handlung auf dem Kriegsschauplatz begangen wird. Wie die Vergleichung mit § 161 deutlich zeigt, unterscheidet das Gesetz zwischen dem Kriegsschauplatz und dem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiet. Unter dem ersteren wird man nur den Flächenraum verstehen können, auf welchem kriegerische Operationen ausgeführt werden, d. h. ein Zusammenstoß mit dem Feinde zu erwarten steht.

Nun ist aber doch augenscheinlich die Gefahr ganz besonders groß, daß von den Einwohnern des okkupierten Gebietes Handlungen aller Art vorgenommen werden, welche die deutsche Armee benachteiligen. Die Sicherheit derselben fordert unbedingt, daß diese Handlungen verboten und strafbar sind.

Man kann die Vorschrift des § 160 auch nicht dadurch rechtfertigen, daß man als seine Tendenz hinstellt, für die Begehung der landesverräterischen Handlungen auf dem Kriegsschauplatze qualifizierte Strafe anzudrohen, während die Begehung auf dem okkupierten Gebiet nach § 161 der einfachen Strafe unterläge. Daß der § 161 diese Tragweite gar nicht besitzt, wäre eine Sache für sich, welche mit der Richtigkeit der Anordnung in § 160 nichts zu thun hätte. Aber es ist prinzipiell verkehrt, die Begehung landesverräterischer Handlungen auf dem Kriegsschauplatz mit qualifizierter Strafe zu bedrohen. Denn die Natur derselben bringt es mit sich, daß sie entweder überhaupt nur dort begangen werden können, oder doch weitaus in den meisten Fällen thatsächlich dort begangen werden. Bei der Normierung des Strafrahmens muß also ohnehin von dem Gesetzgeber hierauf Rücksicht genommen worden sein.

In § 158 wird bezüglich der Kriegsgefangenen bestimmt, daß die Vorschriften dieses Gesetzes auf sie „entsprechende“ Anwendung finden sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die für strafbare Handlungen im Felde gegebenen Vorschriften gemäß § 9 nur dann für sie gelten, wenn ihnen

„der höchste an ihrem Aufenthaltsorte befehligende Offizier diensthlich bekannt gemacht hat, daß die Kriegsgesetze für sie in Kraft treten.“

Unmittelbar nach der Gefangenennahme auf dem Kriegsschauplatz wird dazu kaum die Möglichkeit vorhanden sein.

Für die Bestrafung der Kriegsgefangenen wegen landesverräterischer Handlungen kommt nun aber in Betracht, daß sie mit

dem Moment ihrer Gefangennahme nicht aufhören, feindliche Soldaten zu sein. Wenn bezüglich dieser ausgeführt wurde, daß ihre kriegerischen Operationen, wenn die völkerrechtlichen Grenzen nicht überschreitend, der Rechtswidrigkeit ermangeln, so gilt dies auch für jene. Wenn es einem Trupp feindlicher Soldaten, der von Deutschen gefangen genommen war, gelingt, diese zu übermächtigen und ihrerseits gefangen zu nehmen, so begehen sie damit keine rechtswidrige Handlung. Dagegen wäre es mir zweifelhaft, ob man sie nicht verurteilen würde, wenn etwa die in einer Festung internierten Kriegsgefangenen den Versuch machen würden, sich der ganzen Festung zu bemächtigen. Man nehme an, daß sie sich dabei mit der feindlichen Flotte in Verbindung gesetzt hätten oder etwa mit einer andern ausländischen Macht, um diese zu einer plötzlichen Kriegserklärung und zu einem Handstreich auf die fragliche Festung zu veranlassen.

Die Motive zu diesem Paragraphen führen aus:

„Die Notwendigkeit, Kriegsgefangene zumeist in großer Anzahl beisammen zu halten, legt die Befürchtung nahe, daß durch Störung der Ordnung und Zucht unter den Gefangenen Gefahren für das Land und die Bevölkerung entstehen. — Geboten ist es daher, Kriegsgefangene unter solche Gesetze zu stellen, welche die Aufrechterhaltung der militärischen Zucht und Ordnung vornehmlich zum Ziel haben. Der § 158 bestimmt daher, es solle das M. St. G. B. auch auf Kriegsgefangene mit der Wirkung Anwendung finden, daß alle diejenigen Handlungen, welche, wenn von einer Militärperson begangen, strafbar sind, auch strafbar seien, wenn der Thäter ein Kriegsgefangener. Der Umstand, daß viele in dem Entwurf vorgesehene Handlungen, wie beispielsweise Flucht, Selbstbeschädigung und Vorschützung von Gebrechen, überhaupt nur von einer Militärperson begangen werden können, bewirkt es allerdings, daß in Ansehung der Kriegsgefangenen viele Bestimmungen des Entwurfs bedeutungslos sind und auf jene daher keine Anwendung finden.“

Es ist offensichtlich, daß die Disposition des Gesetzes über das, was hier als notwendig dargethan wird, weit hinausgeht. Um Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung handelt es sich denn doch z. B. beim Landesverrat in keiner Weise.

Diese etwas auffallende Divergenz zwischen dem Gesetz (welches mit dem dem Reichstag vorgelegten Entwurf in dem fraglichen

Paragraphen wörtlich übereinstimmt) und seinen Motiven klärt sich auf, wenn wir in der Entstehung der fraglichen Bestimmung einen Schritt zurückgehen.

In dem sog. Entwurf § 126 lautete der § 218:

„Kriegsgefangene, welche die Subordination gegen die ihnen vorgesetzten Militärpersonen verletzen, sind nach den Vorschriften der §§ 128—156 zu bestrafen; auf militärische Ehrenstrafen darf jedoch nicht erkannt werden.

Inwieweit noch andre Vorschriften dieses Strafgesetzes auf Kriegsgefangene Anwendung finden, bleibt der Anordnung des Kaisers vorbehalten.“

Die Veränderung ist von der aus Militärs, Militär- und Ziviljuristen zusammengesetzten Kommission vorgenommen, die Adaptierung der Motive aber nur mangelhaft besorgt worden.

Die Motive räumen selbst ein, daß viele Bestimmungen des Gesetzes auf die Kriegsgefangenen keine Anwendung finden können. Bei dieser Sachlage ist es bedenklich, wenn gleichwohl schlechthin „entsprechende Anwendung“ vorgeschrieben wird. Denn daraus entspringen die erheblichsten Zweifel, ob einzelne Verbrechen seitens der Gefangenen begangen werden können oder nicht.

Ganz die gleiche Schwierigkeit entsteht in noch höherem Maße bei den im § 155 genannten Personen, d. h. denjenigen, welche sich bei dem kriegführenden Heer befinden oder ihm folgen. Bezüglich derselben bemerken die Motive:

„Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse bringen es ohne weiteres mit sich, daß nicht bloß Militärpersonen, sondern auch Zivilpersonen, wie Marketenber, Fuhrleute, Krankenpfleger, sich bei dem kriegführenden Heere befinden.

Um die Ordnung und Sicherheit der Armee nicht zu gefährden, ist es dringend geboten, auch diese Zivilpersonen unter die Militär-Strafgesetze, insbesondere die Kriegsgesetze zu stellen. Es darf dabei keinerlei Unterschied machen, ob dieselben in einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse bei dem kriegführenden Heere sich befinden oder nicht.

Denjenigen Zivilpersonen, die bei dem kriegführenden Heere selbst sich aufhalten, sind in strafrechtlicher Hinsicht solche Zivilpersonen gleich zu achten, die, unter welchem Titel oder Vorwand dies auch sei, demselben folgen. Zeigt es sich doch gar nicht selten, daß gerade unter diesen viele sind,

die nach Abmarsch des Heeres die Landesbewohner plagen und bedrücken.“

Daß die Anwendung vieler Bestimmungen auf die Zivilisten nicht möglich ist, wird hier nicht bemerkt, wie denn auch der Text des Gesetzes nicht „entsprechende Anwendung“, vorschreibt sondern die erwähnten Personen den Angehörigen des Soldatenstandes direkt gleichstellt.

Zweifel entspringen, wie mir scheint, insbesondere aus dem Umstande, daß § 155 unter andern auch von Personen spricht, welche sich in einem Dienstverhältnisse bei dem kriegführenden Heer befinden. Aus einem Dienstverhältnis entstehen Dienstpflichten, und mit der Existenz von solchen ist die Möglichkeit ihrer Verletzung gegeben. Nun behandelt das M.St.G.B. naturgemäß sehr oft die Verletzung der militärischen Dienstpflichten, und so entsteht kurz und gut die Frage, ob die für die letzteren gegebenen Vorschriften auch bei den ersteren Anwendung finden sollen? Einige Beispiele mögen die Sache illustrieren.

„§ 62. Wer im Felde eine Dienstpflicht vorsätzlich verletzt und dadurch bewirkt, daß die Unternehmungen des Feindes befördert werden ...

§ 64. Wer von seiner Truppe oder von seiner Dienststellung sich eigenmächtig entfernt oder vorsätzlich fern bleibt ...

§ 81. Wer sich vorsätzlich durch Selbstverstümmelung oder auf andre Weise zur Erfüllung seiner gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienst untauglich macht ...

Der ganze sechste Abschnitt des M.St.G.B.s handelt von den strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung. Die in einem Dienstverhältnisse stehenden Personen müssen naturgemäß Vorgesetzte haben, welchen sie Gehorsam schulden, und ebenso zweifellos wird ein Bedürfnis dafür bestehen, sie wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, Thätlichkeiten, Meuterei, militärischen Aufruhrs u. s. w. zu bestrafen. Aber die direkte Anwendung der für Soldaten und die eigentlich militärische Disziplin berechneten Strafvorschriften in den §§ 89—113 ist doch unangemessen. Wie soll es auch mit den hier vorkommenden Qualifikationsgründen, „vor versammelter Mannschaft“, „vor dem Feinde“ und ähnlichen gehalten werden? Bei den lediglich in einem Vertragsverhältnisse stehenden Personen kehren diese Schwierigkeiten wieder.

So wenig nun die Thatbestände der Verbrechen für die in § 155 genannten Personen passen, ebensowenig ist dies bezüglich der Strafbestimmungen der Fall. Von einer Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes ist bei ihnen ohnehin keine Rede. Aber auch die Anwendung des Systems der Freiheits-, insbes. der Arreststrafen ist denn doch höchst bedenklich.

In dem Entwurf war in Abs. 2 des § 155 gesagt:

„Welche militärische Freiheitsstrafe in Einzelfall eintritt, ist nach den bürgerlichen Verhältnissen oder der Bildungsstufe des Angeeschuldigten zu bestimmen.“

Diese Vorschrift hat keinen Eingang in das Gesetz gefunden. Auch wird niemand bestreiten, daß sie in noch anstößigerer Weise das Prinzip: „gleiche Schuld, gleiche Strafe“, verlegt, als das bei der Bestrafung der Militärpersonen ohnehin der Fall ist. Ist denn aber dadurch, daß man den Absatz strich, dieser Fehler vermieden? In keiner Weise! Es ist nur ein neues Rätsel für die Strafanwendung geschaffen. Denn alle Strafdrohungen des Gesetzes, die eine Freiheitsstrafe enthalten, finden ja ihre Ergänzung durch die Vorschriften der §§ 16 ff. und wären ohne dieselben unvollständig. Es ist also ganz unvermeidlich, daß diese für die militärische Hierarchie geschaffen und auf sie berechneten Bestimmungen auf ganz andre Verhältnisse übertragen werden müssen.

Das Ergebnis dieser Betrachtung glaube ich in die Worte zusammenfassen zu können: es war die Aufgabe, ein Feldstrafgesetzbuch für Zivilisten zu verfassen. Diese Aufgabe ist aber nicht gelöst, sondern umgangen worden. Bei den Militärbeamten ist es vielleicht noch angängig, lediglich auf die vorhergehenden Bestimmungen über die Verbrechen der Personen des Soldatenstandes zu verweisen; für die Zivilisten ist es schlechterdings notwendig, die Thatbestände und Strafdrohungen selbständig zu formulieren.

Der ganze § 155 ist das Produkt der Unklarheit und Halbheit. Man sieht seinem Wortlaut an, daß der Verfasser bestrebt war, ihn in subjektiver Beziehung möglichst umfassend zu formulieren. Er ist aber gleichwol auf halbem Wege stehen geblieben, indem er nur die Personen bedroht, welche sich bei dem Heere aufhalten oder ihm folgen. Kann denn z. B. das Plagen und Bedrücken der Einwohner, von welchem die Motive sprechen, nicht auch von andern Personen begangen werden, z. B. solchen, die von dem kriegsführenden Heere

nach der Heimat zurückkehren? Jede Beschränkung in subjektiver Beziehung ist unbegründet.

Es ist nicht ohne Interesse, die Entstehung des § 155 zu verfolgen. In dem Entwurf Fleck lautete der entsprechende § 217:

„Zivilpersonen, welche als solche den kriegsführenden Truppen des Heeres und der Marine zugeteilt sind oder zu deren Gefolge gehören, sind nach den für Militärbeamte geltenden Strafbestimmungen zu bestrafen.“

Die Ausdrucksweise ist nicht gerade sehr klar; immerhin glaube ich mit der Annahme nicht fehl zu greifen, daß hier lediglich die in einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse stehenden Personen gemeint waren. Nur so wird die Gleichstellung mit den Militärbeamten erklärlich. Ich bemerke, daß in dem Entwurf Fleck die Militärbeamten eingehendere Behandlung gefunden hatten: § 212 bedroht den von ihnen begangnen Hoch- und Landesverrat; § 213 die Desertion; § 214 die Gehorsamsverweigerung gegenüber ihren militärischen oder Amts-Vorgesetzten; § 215 den Mißbrauch der militärischen Gewalt; § 216 alle übrigen Dienstpflichtverletzungen. Dies waren also Vorschriften, die in der That auf die in einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse stehenden Personen füglich übertragen werden konnten.

In der Kommission hatte man nun wohl die Empfindung, daß die Bedrohung dieser Quasi-Beamten nicht ausreichend sei. Erweiterte man aber die Vorschrift auf alle die Personen, welche sich bei dem Heer aufhalten oder ihm folgen, so war natürlich die Verweisung auf die für Militärbeamte gegebenen Bestimmungen unmöglich. Freilich war es ein gewaltiger Irrtum, wenn man glaubte, sie den Soldaten gleichstellen zu dürfen, und ebenso war es unbegründet, eine gewisse Beschränkung in subjektiver Beziehung beizubehalten.

Die Kommission nahm jedoch noch eine andre sehr wesentliche Veränderung vor: sie fügte dem Titel den § 161 hinzu, welcher im Entwurf Fleck gänzlich fehlte.

„Ein Ausländer oder ein Deutscher, welcher in einem von deutschen Truppen besetzten Gebiet gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder gegen eine auf Anordnung des Kaisers eingesetzte Behörde eine nach den Gesetzen des Deutschen Reichs strafbare Handlung begeht, ist ebenso zu bestrafen, als wenn diese Handlung von ihm im Bundesgebiet begangen wäre.“

Die Motive rechtfertigen diese Bestimmung wie folgt:

„Nach § 4 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich findet wegen der im Ausland begangenen strafbaren Handlungen in der Regel keine Verfolgung statt.

Ausweislich des § 7 des Entwurfs — (unverändert in das Gesetz übergegangen) — sind jedoch, in Abweichung von jener Vorschrift, strafbare Handlungen, welche von Militärpersonen im Ausland, während sie dort bei den Truppen oder sonst in dienstlicher Stellung sich befinden, begangen werden, ebenso zu bestrafen, als wenn diese Handlungen von ihnen im Bundesgebiete begangen wären. — Gegenüber dieser besonderen Stellung der Militärpersonen im Auslande war es angezeigt, denselben dort anderseits möglichst auch denjenigen Schutz angedeihen zu lassen, dessen sie im Bundesgebiete genießen. Der § 170 schreibt darum vor, daß jeder, welcher in einem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiete gegen deutsche Truppen eine nach den Gesetzen des Deutschen Reichs strafbare Handlung begeht, ebenso zu bestrafen sei, als wenn diese Handlung von ihm im Bundesgebiete begangen wäre.

Im Anschluß an das Bayrische M.St.G.B. Art. 122 Nr. 7 empfiehlt es sich hierbei zugleich, den deutschen Truppen auch die einzelnen Angehörigen derselben sowie die auf Anordnung des Kaisers eingesetzten Behörden gleich zu achten.“

Man wird behaupten dürfen, daß der hier entwickelte Gesichtspunkt ein völlig unzutreffender und schiefer ist: weil die deutschen Militärpersonen wegen ihrer im Ausland begangenen Verbrechen bestraft werden, sollen sie als Äquivalent hierfür auch den Schutz der inländischen Strafgesetze genießen. Dazu paßt es ja auch in keiner Weise, wenn den Militärpersonen die auf Anordnung des Kaisers eingesetzten Behörden gleichgestellt werden.

In Wahrheit handelt es sich darum, daß in einem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiet Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden muß. Die Frage aber, welche Handlungen diese verletzen, daher strafbar sind, kann nicht nach ausländischen, sondern muß nach deutschen Rechtsanschauungen, mit einem Wort nach Maßgabe des St.G.B.s beantwortet werden. Es scheint daher als geboten, für die von deutschen Truppen besetzten Gebiete und den Kriegsschauplatz einfach die Geltung des St.G.B.s vorzuschreiben.

Es ist daher viel zu eng, wenn § 161 nur von den Handlungen spricht, welche sich gegen die deutschen Truppen oder Angehörige derselben oder die Behörden richten, welche auf Anordnung des Kaisers eingesetzt sind. Mindestens würde man doch fordern müssen, daß unter strafgesetzlichem Schutz auch alle diejenigen Personen stehen, welche in irgend einem Dienst- oder Vertragsverhältnisse sich bei dem kriegsführenden Heere befinden oder ihm folgen. Auch ist es wohl unbestreitbar, daß zahlreiche Verbrechen mittelbar die Interessen des deutschen Heeres beeinträchtigen, ohne daß man sagen kann, sie seien „gegen dasselbe gerichtet“. Ich denke dabei insbes. an die gemeingefährlichen Verbrechen, dann an die schwereren Verbrechen wider die öffentliche Ordnung, wie schweren Hausfriedensbruch (St.G.B. § 124), Landfriedensbruch und an die „widerrechtlichen Handlungen im Felde gegen Personen oder Eigentum“. Schließlich ist es doch unbestreitbar, daß Mord und Totschlag, Raub und Erpressung, auch wenn gegen die Bevölkerung des okkupierten Landes begangen, schlechterdings nicht gebuldet werden können.

Gelegentlich der Besprechung des § 155 wurde der Satz formuliert: es war die Aufgabe, ein Feldstrafgesetzbuch für Zivilisten zu erlassen, d. h. zu bestimmen, welche Handlungen für Kriegszeiten verboten bzw. unter besondere Strafbrohungen gestellt sein sollen.

Für § 161 kann die Aufgabe ebenso kurz bezeichnet werden. Es handelte sich um die Beantwortung der Frage: welches ist die örtliche Herrschaft der Strafgesetze während eines Krieges? Die Antwort darauf hat, wie gezeigt, sehr einfach dahin zu lauten: sie gelten (außer in Deutschland) in dem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiet und auf dem Kriegsschauplatz.

Zu einer Unterscheidung zwischen dem okkupierten Gebiet einer-, und dem Kriegsschauplatz andererseits fehlt, soviel ich sehe, jeder Anlaß. Ich kann mir keine strafbare Handlung denken, deren Ahndung hier erforderlich, dort aber überflüssig sein sollte, oder umgekehrt. Daß gewisse Verbrechen ihrer Natur nach nur auf dem Kriegsschauplatz begangen werden können, hat damit gar nichts zu thun. Das kommt in dem Thatbestand ja ganz genügend zum Ausdruck.

Schließlich ist ja auch unverkennbar, daß eine scharfe Trennung zwischen okkupiertem Gebiet und Kriegsschauplatz äußerst mißlich und daß es daher sehr unzweckmäßig ist, hieran praktische Konsequenzen zu knüpfen. Was heute Kriegsschauplatz ist, kann morgen

okkupiertes Gebiet sein und übermorgen wieder zum Kriegsschauplatz werden. Faßt man dagegen beides zusammen und bestimmt, daß die deutschen Gesetze hier wie dort gelten, so wird damit zum Ausdruck gebracht, daß Deutschlands Recht so weit reicht, wie Deutschlands Macht, und das dürfte die der Situation entsprechende Formulierung sein. —

Der § 161 macht bezüglich des Landesverrats noch ganz besondere Schwierigkeiten. Zunächst überzeugt man sich nämlich, daß gar nicht alle Fälle desselben unter den Wortlaut dieses Paragraphen subsumiert werden können. Derselbe bedroht die nach den Gesetzen des Deutschen Reichs strafbaren Handlungen gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder gegen eine auf Anordnung des Kaisers eingesetzte Behörde.

Nun folgt zwar aus dem Begriff des Landesverrats, daß derselbe gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat gerichtet sein muß. Aber augenscheinlich können diese letzteren doch nicht bloß in den Truppen und den auf Anordnung des Kaisers eingesetzten Behörden angegriffen werden, sondern auch auf andre Weise. § 92 Nr. 2 spricht z. B. von der Vernichtung, Verfälschung oder Unterdrückung von Beweismitteln zur Gefährdung der Rechte des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats im Verhältnis zu einer andern Regierung. Für diesen Fall kann man nicht behaupten, daß § 161 auf ihn Anwendung findet. Man kann aber wohl noch weiter gehen und es mindestens für zweifelhaft erklären, ob eine gegen deutsche Truppen gerichtete strafbare Handlung vorliegt, wenn für eine Anleihe des feindlichen Staats gezeichnet oder Liebesgaben für feindliche Soldaten gesammelt werden — Handlungen, welche an sich unter § 89 subsumiert werden können.

Weitere Zweifel entspringen dann daraus, daß gesagt wird, der Thäter

„ist ebenso zu bestrafen, als wenn diese Handlung von ihm im Bundesgebiete begangen wäre.“

Hierdurch erlangt der § 91 Abs. 2 von neuem Bedeutung, denn der Ausländer, welcher im Inland landesverräterische Handlungen begeht, wird nur unter der Voraussetzung bestraft, daß er sich unter dem Schutz des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats befindet.

Dem praktischen Bedürfnis entspricht es am besten, wenn man argumentiert: das Erfordernis des Schutzverhältnisses erfüllt sich für jeden, mit Ausnahme der feindlichen Truppen, eo ipso. Folg-

lich ist auch schlechthin jeder, der im okkupierten Gebiet einen Landesverrat begeht, strafbar, mit Ausnahme der feindlichen Soldaten.

Dagegen wäre es streng genommen wohl korrekter interpretiert, wenn man forderte, daß der Thäter sich auf dem okkupierten Gebiete unter dem Schutze des Deutschen Reichs befände. Der Kreis der möglichen Thäter würde dadurch in der allererheblichsten Weise verengt. Denn ein solches Schutzverhältnis ist für die dort lebende Bevölkerung jedenfalls nicht vorhanden; fehlt wohl sogar für die bei dem deutschen Heere sich aufhaltenden oder ihm folgenden Personen, da diese ja als mögliches Verbrechensobjekt in dem § 161 keine Erwähnung finden. Es blieben also nur die deutschen Truppen übrig, für welche die Möglichkeit der Thäterschaft bereits aus andern Bestimmungen sich ergibt und die „auf Anordnung des Kaisers eingesetzten Behörden“!

Überblickt man die Vorschriften des M.St.G.B., welche vorstehend erörtert wurden, noch einmal, so kann das Urteil über dieselben kein günstiges sein. Bei dem Landesverrat erfolgt die Androhung qualifizierter Strafen in ziemlich planloser Weise. In den Vorschriften des dritten Titels ist vor allem der Mangel an Klarheit bezüglich der zu lösenden Aufgabe verhängnisvoll. Daher kommt es, daß die verschiedenen Paragraphen teils zusammenfallen, teils einander modifizieren, daß das Gesetz bezüglich wichtigster Fragen die Antwort schuldig bleibt, daß endlich sehr beträchtliche Lücken in seinen Strafandrohungen sich finden.